

Merkels Hypothek

Fünf Jahre „Wir schaffen das“: Als die Kanzlerin ihr Leitmotiv für die Herrschaft des Unrechts verkündete

Michael Paulwitz

Es war der wohl explosivste Satz der deutschen Nachkriegsgeschichte. In Angela Merkels Mantra „Wir schaffen das“, zuerst geäußert am 31. August 2015 und in der Folgezeit unzählige Male wiederholt, verdichtet sich ein Prozeß des gewollten migrationspolitischen Kontrollverlusts und der rechtsstaatlichen Erosion, der dieses Land so gründlich verändert hat wie kaum ein Ereignis davor. „Wir schaffen das“ ist zum Leitmotiv der bis heute nicht korrigierten Herrschaft des Unrechts in der deutschen Migrationspolitik geworden. Es ist eine infantile Parole: Kaum zufällig ist sie von der Kinderfigur „Bob, der Baumeister“ entlehnt. Und es ist, in aller apodiktischen Vereinfachung und Unduldsamkeit, eine „populistische“ Parole – aber „Populisten“ sind ja immer die anderen.

Keines der drei Wörter hält, was es verspricht. Von „Wir“ und „gemeinsam“ ist im Merkel-Sprech zuverlässig dann die Rede, wenn es um Zumutungen der Regierenden an die Bürger geht – oder, in ihren Worten, an die „Schonlängerhierlebenden“. Wenn sie sich auch noch rechtfertigen müsse, „dann ist das nicht mehr mein Land“, beschied Merkel in ihrer zweiten „Wir schaffen das“-Pressekonferenz. Wer gegen ihre Politik ist, wird also rhetorisch ausgebürgert: Das ist die Sprache der Spaltung und des geistigen Bürgerkriegs.

Was aber soll da genau „geschafft“ werden? Fünf Jahre nach Ausgabe der Parole liegt das Scheitern offen zutage. Obwohl Millionen Migranten in Deutschland aufgenommen wurden – die Zahl der aktuell hier lebenden Asyl-Zuwanderer hat sich gegenüber dem Stand vor einem Jahrzehnt auf knapp zwei Millionen mehr als vervierfacht –, sind nicht einmal Minimalanforderungen an halbwegs gelungene Integration erfüllt.

Von erfolgreicher Eingliederung in den Arbeitsmarkt kann keine Rede sein, daran ändern auch aus selektiven Betrachtungen abgeleitete Statistiken nichts. Drei Viertel der hier lebenden „Syrier“ sind im Hartz-IV-System gelandet; bei den übrigen Asyl-Hauptherkunftsländern sieht es nicht viel besser aus. Die Zahl der ausländischen Hartz-IV-Bezieher ist in den letzten zehn Jahren um fast eine Million gestiegen, die Zahl der deutschen Bezieher zugleich um mehr als eine Million gesunken.

Durch Kinderreichtum und Familiennachzug steigt die Zahl der Leistungsempfänger kontinuierlich, zugleich geht der Zuzug neuer Asylbewerber auf hohem Niveau weiter. Die Überlastung der Sozialsysteme sowie die verschärfte Konkurrenz um Wohnraum und Arbeitsplätze für Geringqualifizierte bedeuten schon in der Abendsonne der Babyboomer-Konjunktur bei noch reichlich fließenden Hochsteuereinnahmen eine hohe Last; in Zeiten der Rezession und der sich zuspitzenden Überalterung sind sie eine unerträgliche Hypothek.

Die Kosten dafür muß die schrumpfende einheimische Bevölkerung aufbringen. Die direkten Asyl-Ausgaben von Bund und Ländern kumulieren sich auf einen hohen dreistelligen Milliardenbetrag; die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten überschreiten auch nach konservativen Schätzungen die Billionengrenze. Einmal angekommen, muß kaum jemand wieder gehen, auch Schwerekriminelle nicht. Mehr als eine Viertelmillion ausreisepflichtige Asylbewerber leben derzeit in Deutschland und müssen ebenfalls von der Allgemeinheit unterhalten werden. Noch schwerer wiegen die immateriellen Kosten: die partielle Außerkraftsetzung der Rechtsordnung, von der das Abschiebe-Totalversagen nur die Spitze des Eisbergs ist; die faktische Legalisierung der Schleuserindustrie, an der sich die halbstaatlichen und kirchlichen Profiteure unter dem Deckmantel der „Seenotrettung“ ganz offen beteiligen; und vor allem die Erosion der Sicherheit im öffentlichen Raum durch die hohe Kriminalitätsbelastung von Asyl-Zuwanderern, die unsere Rechts- und Werteordnung offen ablehnen und verachten und deren hunderttausendfach verübte Straftaten eine politisierte Justiz oft viel zu milde oder gar nicht ahndet.

Islamistische Terroristen, die mit der Merkelschen Migrationswelle unerkannt ins Land gelangt sind, morden und verüben Anschläge – 2016 am Breitscheidplatz, 2020 auf der Berliner Stadtautobahn. Die „Partyszene“-Mobs, die ganze Innenstädte terrorisieren, und wachsende rechtsfreie Räume, vor denen eine durch „Antirassismus“-Kampagnen demoralisierte Polizei immer häufiger kapituliert, sind eine weitere Spätfolge unkontrollierter Migration.

Maria Ladenburger, Mia aus Kandel und viele andere könnten ohne „Wir schaffen das“ noch leben; die Namenlosen, die täglich Opfer von Gewalt und Mord werden, hat niemand gezählt. Abgestumpft schlucken die verunsicherten Deutschen als neue Normalität, was noch vor kurzem als undenkbarer Ausnahmezustand gegolten hätte.

„Geschafft“ hat man allerdings, das multikulturelle Menschen-Großexperiment der Transformation eines demokratischen Nationalstaats in eine totale Einwanderungsgesellschaft mit Denkverboten gegen jeden rationalen Diskurs abzusichern. Merkels „Wir schaffen das“ hat dem jahrzehntelangen linken Kampf gegen eine restriktive Asyl- und Zuwanderungspolitik zum Sieg verholfen und die linke

Diskurshegemonie ausgebaut und zementiert. Migrationspolitische Extrempositionen der radikalen Linken sind zum Mainstream geworden.

Dieser institutionalisierte geistige Bürgerkrieg hat Deutschland tief gespalten und seelisch schwer verwundet. Zwar gibt es eine Opposition in den Parlamenten, die Mißstände benennt. Viele Fakten liegen offen auf dem Tisch. Doch das Ziehen von Konsequenzen ist tabubewehrt und stößt auf schier unüberwindliche Hürden. Eine Wende ist kaum in Sicht. Deutschland ist im Dauerkrisenmodus; neue Krisen überlagern die ungelösten alten. Selbst nach einem Abgang Merkels werden die Deutschen daran noch Jahrzehnte zu tragen haben – wenn denn ihr Nationalstaat diese Belastungsprobe überhaupt übersteht.

Große JF-Umfrage zu Corona

Das Land ist gespalten

Dieter Stein

Die meisten von uns leben seit Beginn der Corona-Krise im Gefühl wechselnder Verunsicherung. Anfangs wurde die Bedrohung durch den Ausbruch der Epidemie in China von politisch Verantwortlichen kleingeredet, es wurden kaum Vorsichtsmaßnahmen getroffen, der Karneval nicht abgesagt, die Grenzen offengehalten, keine Vorräte an Schutzkleidung und Masken aufgestockt – und dann brach plötzlich Panik aus und eine Vollbremsung wurde eingeleitet. Die Grenzen konnten auf einmal geschlossen werden (was 2015 angeblich nicht ging), das öffentliche Leben weitgehend eingeschränkt, Schulen geschlossen – und Masken waren plötzlich doch hilfreich bei der Eindämmung der Pandemie.

Deutschland hatte offenbar besonderes Glück: Die Bevölkerung erfreut sich insgesamt dank einer hervorragenden Gesundheitsversorgung durchschnittlich guter Kondition, das Virus trifft auf weniger vorgeschwächte Körper als anderswo. Die ursprünglich an die Wand gemalten Hunderttausende von Todesfällen – sie sind nicht zu beklagen. Ist dies allein auf die Abwehrmaßnahmen zurückzuführen? Oder stellt sich der Verlauf der allermeisten Corona-Erkrankungen nun doch weitgehend als relativ harmloser als befürchtet heraus?

Der Wind in bezug auf die Corona-Politik scheint sich hierzulande jetzt zu drehen: Konnte sich die Bundesregierung anfangs auf wachsende Zustimmungswerte stützen, so läßt seit einigen Wochen der Rückhalt merklich nach. Die regierungsnahen Bild-Zeitungen bringen es Anfang der Woche auf den Punkt: „Kippt die Corona-Stimmung? Wo

Regierungs-Alarmismus und Realität nicht zusammenpassen.“ Um dann durchzudeklinieren, wie widersprüchlich und schwer nachvollziehbar die Maßnahmen im Bund und den Ländern sind.

In der Frage der Einschätzung der Corona-Gefahr geht der Riß quer durch alle politischen Lager, durch Familien und Betriebe. Auch in der JF-Redaktion wird seit Beginn kontrovers gestritten, ob die Gefahreinschätzung und die Abwehrmaßnahmen richtig sind oder ob wir es mit einer übertriebenen Panikmache zu tun haben.

Vermutlich geht es vielen Lesern unserer Zeitung ähnlich und es wird in der Familie und mit Freunden ähnlich diskutiert. Wenn am kommenden Wochenende in Berlin erneut bei einer Demonstration Zehntausende gegen die Corona-Politik auf die Straße gehen, dann auch deshalb, weil sich das Gefühl verstärkt hat, nicht mehr richtig informiert und mit betreuten Debatten abgespeist zu werden. In einer großen JF-Umfrage (siehe Seite 7) wollen wir jetzt von unseren Lesern wissen, wie sie über die Corona-Krise denken. Uns liegt an einem möglichst umfassenden Bild über die Stimmung in unserer Leserschaft. Wir möchten über das Ergebnis schnellstmöglich berichten. Herzlichen Dank für Ihr Mitwirken!

Es trifft die Falschen

Neues Waffengesetz: Statt Terroristen werden gesetzestreue Bürger drangsaliert

Werner Schulz

Charlie Hebdo – diese Worte stehen für eine französische Satirezeitschrift und einen furchtbaren, menschenverachtenden Terroranschlag, ausgeübt von islamischen Terroristen am 7. Januar 2015 in Paris. Zwei maskierte Täter drangen mit illegal geschmuggelten Kriegswaffen in die Redaktionsräume der Zeitschrift ein, töteten elf Personen, verletzten mehrere Anwesende und brachten auf ihrer Flucht einen Polizisten um. Dieses Massaker bildet den Ausgangspunkt für das jetzt in Kraft tretende 3. Waffenrechtsänderungsgesetz.

Denn kurz nach der Tat zauberte der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker blitzschnell eine perfekt ausformulierte Liste mit Verschärfungsforderungen zum Waffenrecht aus dem Hut, daß sich der Eindruck aufdrängte, er hätte mit dieser scheinbar längst fertigen Erklärung nur auf einen

passenden Anlaß zur Veröffentlichung gewartet. Das ist nicht unwahrscheinlich, verfolgt man bei der EU-Kommission doch schon seit mindestens 2013 den sogenannten Aktionsplan gegen Feuerwaffen.

Mit einer Forderung zu massiven Waffenrechtsverschärfungen an die internationale Presse zu gehen, die nur gesetzestreue Sportschützen und Waffensammler treffen, nicht aber islamische Terroristen, die sich mit ihren ohnehin in jedem EU-Land verbotenen Granaten und Sturmgewehren durch die Redaktionsstuben schossen, wirkt widersinnig. Solche Täter sind nicht durch ein Waffengesetz zu stoppen, kennen es auch gar nicht.

Daher keimte auch rasch der Verdacht auf, daß Juncker die Aufmerksamkeit auf eine leicht zu definierende, völlig harmlose heimische Bevölkerungsgruppe und eine Diskussion um das Waffengesetz richten wollte, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den eigentlichen Ursachen – auch verantwortet von Politikern wie ihm – abzulenken, der Diskussion um die illegale Migration islamischer Menschenmassen nach Europa mit allen in Wahrheit unlösbaren Folgeproblemen. Die Entwicklungen der folgenden zwei Jahre stützen diese Vermutung. Tatsächlich war die Diskussion um die neue EU-Waffenrichtlinie als Vorlage für die nationalen Waffengesetzgeber Dauerthema. Über das dem Massaker zugrundeliegende Grundproblem ging die Presse bald wieder hinweg.

Daß in Politikerkreisen einmal mehr das Waffengesetz zu einem wichtigen Baustein der Terrorbekämpfung erklärt wurde, ist durch kriminologische Fakten nicht zu begründen. Zur Erinnerung: Das deutsche Waffengesetz ist schon seit Jahrzehnten eines der restriktivsten der Welt. Bis ein Bürger legal eine Feuerwaffe erwerben und besitzen darf, hat er sehr hohe gesetzliche Hürden zu überwinden. Daß der legale Waffenbesitz in Deutschland eine kaum wahrnehmbare Rolle am Kriminalitätsgeschehen spielt, beweist seit Jahrzehnten die jährlich erstellte Kriminalitätsstatistik sowie das Bundeslagebild Waffenkriminalität, erarbeitet jeweils vom Bundeskriminalamt.

Doch die dort dokumentierten Erkenntnisse spielten auch bei der Formulierung des jüngsten Waffengesetzes keine Rolle. Der gesetzgeberische Weg verlief demnach von Charlie Hebdo, über die EU-Kommission und das EU-Parlament zum Deutschen Bundestag, wo das neue Waffengesetz mit der offiziellen Bezeichnung „3. WaffRÄndG“ beschlossen wurde und jetzt in Kraft tritt.

Schützen, Jäger und Waffensammler können zwar zufrieden sein, daß sich die EU-Kommission mit ihren Verschärfungsforderungen nicht in vollem Umfang durchsetzen konnte und im EU-Parlament tatsächlich Pragmatiker die Oberhand behielten und eine entschärfte EU-Waffenrichtlinie als Vorlage für die nationalen Waffengesetze auf den Weg brachten. Dennoch bringt auch dieses neue, an der EU-Richtlinie ausgerichtete Waffengesetz eine Liste weiterer Erschwernisse für die legal Waffen besitzenden deutschen Bürger mit sich.

Mag die eine oder andere Änderung weniger schmerzen, wirkt eine ganz bestimmte Verschärfung eher schockierend für einen Rechtsstaat: Danach ist jetzt jeder legal Waffen besitzende Bürger mittels Regelabfrage beim Verfassungsschutz zu überprüfen. Der Geheimdienst erhält Einzug in die Amtsstuben der Polizei. Er entscheidet ohne wirksame richterliche Kontrolle, ob jemand eine waffenrechtliche Erlaubnis erhält. Auch an anderen Stellen enthält der Beschluß unnötige Erweiterungen, die vor allem ein Mißtrauen gegen die gesetzestreuen Schützen und Jäger ausdrücken, ja sie regelrecht als potentiell grundgesetzfeindlich diffamiert.

Der beim Thema Waffenrecht weitgehend unkundigen Öffentlichkeit soll also eine Verschärfung präsentiert werden – ohne zu kommunizieren, daß auch diese weder gegen islamischen noch sonstigen Terrorismus schützen wird und auch keinen Einfluß auf die Gewaltkriminalität allgemein nimmt. Das Gesetz verfolgt zwar hehre Ziele, trifft aber letztendlich nur den harmlosen Bürger. Wieder einmal werden es nur die Gesetzestreuesten der Gesetzestreuen, die Sportschützen, Waffensammler und Jäger befolgen. Religiös motivierte Killerkommandos oder die Clan-Chefs in den sich entwickelnden Parallelgesellschaften unserer Großstädte interessiert der Beschluß wohl kaum.

Damit reiht sich das Gesetz in alle Waffengesetznovellierungen der vergangenen 50 Jahre ein, die letztendlich von mörderischem Terror oder Wahnsinnstaten Einzelner initiiert wurden, kein kriminologisches Problem lösten, stattdessen aber Schützen als unschuldige Sündenböcke vorführten.

Werner Schulz ist Herausgeber und Chefredakteur des Deutschen Waffen-Journals www.dwj.de

Haltungsnote

Stolzer Mohr

Gil Barkei

Widerstand gegen die „Umbeneneritis“ Teil 2: Vergangene Woche war es die standhafte Betreiberin der „Hof-Apotheke zum Mohren“ (Entschuldigung der Redaktion: Diese liegt in Friedberg und nicht wie fälschlich berichtet in Frankfurt am Main). Diesmal geht es um Andrew Onuegbu, den Koch und Besitzer des Kieler Restaurants „Zum Mohrenkopf“. Auch er denkt gar nicht daran, sich bilderstürmenden Protestrufen anzupassen. „Ich halte das für rassistisch, wenn mir ein Deutscher

erklären will, wann meine Gefühle verletzt sind“, sagt er der Netzseite flinkfeed.com. „Ich weiß selbst, wann meine Gefühle verletzt sind. Das muß mir keiner erklären.“ Neben „vielen Besserwisser-Deutschen“, die selbst „aus Haß und Rassismus handeln“, gebe es in der Debatte um Namensänderungen zudem viele Schwarze, die „leider ohne nachzudenken schnell die Opferkarte“ ausspielten. Der Gastronom aus dem mittlerweile zu Nigeria gehörenden Biafra steht zu dem von ihm selbst ausgewählten Restaurantnamen. „Das hat zwei einfache Gründe: Im Mittelalter war der Mohrenkopf eine Auszeichnung von Fürsten für gute Küchen. Ganz so wie die Sternebewertung heute. Erstens. Und zweitens: Ich bin ein Mohr, ich bin stolz darauf und ich stehe dazu.“